

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Herr Hilker
Frau Prizebilla-Voigt
Frau Dr. Delius
Herr Cremer
Herr Otterbach
Herr Flachmann

Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Gesundheits-, Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt
Gesundheits-, Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt
ISB
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gäste

Frau Schwarze
Frau Kandler
Frau Sellig

Platzschule
Fachberaterin KITAS beim Ev. Kirchenkreis
Uni Bielefeld

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.05.2011

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Kurzinformation für Schulen, Kindertagesstätten, Vereine und Träger zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Bielefeld

Beigeordneter Herr Kähler kündigt an, weiterhin monatlich über den aktuellen Stand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zu berichten.

Frau Stillger kritisiert, dass Kinder und Jugendliche, die vorrangige Leistungen erhalten, keinen Anspruch auf ergänzende Lernförderung haben und somit kaum eine Chance hätten, ihre persönliche Situation zu verbessern. Darüber hinaus bemängelt Frau Stillger, dass für Klassenfahrten keine Leistungen für Taschengeld und sonstige private Ausrüstungsgegenstände gewährt werden. Sie appelliert an die kommunalen politischen Gremien, sich hierzu gegenüber dem Gesetzgeber entsprechend zu artikulieren.

Vorsitzende Frau Weißenfeld hält es für wichtig, die weitere Entwicklung in der Praxis genau zu verfolgen und tätig zu werden, wenn auf der politischen Ebene Veränderungsbedarf besteht.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 **Bundesinitiative "Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration"**

Herr Epp führt ergänzend zu der schriftlichen Mitteilung aus, dass das Bundesprogramm im Herbst dieses Jahres erweitert werden soll, so dass weitere Antragsmöglichkeiten bestehen werden.

Auf Anregung von Herrn Langeworth ist diesem Protokoll eine namentliche Auflistung der Schwerpunkt-Kitas als Anlage beigefügt.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **50 Jahre Paritätischer in Bielefeld**

Herr Adams verteilt eine Einladung zum 50jährigen Bestehen des Paritätischen.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Finanzierung der Familienzentren**

Herr Epp berichtet über einen aktuellen Erlass zur Finanzierung der Familienzentren.

Danach soll die jährliche Förderung von 12.000 € auf 13.000 €, bei Familienzentren in sozialen Brennpunkten auf 14.000 € ab dem kommenden Kindergartenjahr erhöht werden.

Im Rahmen des schrittweisen Ausbaus der Familienzentren werde im Kindergartenjahr 2011/2012 keine weitere Ausweitung erfolgen. Entscheidungen über den weiteren Ausbau werde es erst wieder für das Kindergartenjahr 2012/2013 geben.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Antrag der Ampel-Koalition zur Verlängerung der Leistungsverträge ab 01.01.2012 um weitere 2 Jahre:**

- Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)

- Stadtteilprojekte

- FZZ Baumheide und Stieghorst

- 2. Lesung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2544/2009-2014

Herr Suchla begründet den Antrag.

Frau Ilgün bringt zum Ausdruck, dass sie den Beschluss des Rates über das Einfrieren der Leistungen auf der Grundlage des Rechnungsergebnisses 2009 ablehne. Gleichzeitig begrüßt sie die beabsichtigte Verlängerung der Leistungsverträge und signalisiert, dem Antrag zuzustimmen.

Die Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände begrüßen zwar die Verlängerung der Leistungsverträge, sie lehnen jedoch den Ratsbeschluss über das Einfrieren auf dem Stand des Jahres 2009 und der damit verbundenen Kürzungen und Einschränkungen von Leistungen ab. Insofern werden sie dem Antrag nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

Herr Langeworth verweist auf die Diskussion in der Bezirksvertretung Mitte zur Nachtruhe im Umfeld des JZ Kamp. Um dem Antrag zustimmen zu können, schlägt er deshalb vor, im Antrag auf Seite 2 nach Absatz 4 folgenden Satz einzufügen:

„Im weiteren Verfahren ist der Beschluss der Bezirksvertretung Mitte zur Einhaltung der Nachtruhe zu berücksichtigen“

- Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag einvernehmlich einverstanden -

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

Beschluss:

Die Verträge

- der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- der Stadtteilprojekte
- der FZZ Baumheide und Stieghorst

werden unter den in dem Antrag aufgeführten Bedingungen ab 01.01.2012 für weitere 2 Jahre verlängert (Anpassung an den 3-Jahresrhythmus).

dafür 6 Stimmen

dagegen 0 Stimmen

Enthaltungen 7 Stimmen

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

(Herr Nockemann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

-:-

Zu Punkt 4.2

Antrag der Ampel-Koalition zur Verlängerung der Leistungsverträge "Jugendverbandsarbeit" und "Bielefelder Jugendring e.V." - 2. Lesung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2546/2009-2014

Die Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände begrüßen zwar die Verlängerung der Leistungsverträge, sie lehnen jedoch den Ratsbeschluss über das Einfrieren auf dem Stand des Jahres 2009 und der damit verbundenen Kürzungen und Einschränkungen von Leistungen ab. Insofern werden sie dem Antrag nicht zustimmen, sondern sich der

Stimme enthalten.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Die Verträge für die „Jugendverbandsarbeit“ und den „Bielefelder Jugendring e.V.“ werden ab dem 01.01.2012 um weitere zwei Jahre verlängert.

dafür 6 Stimmen

dagegen 0 Stimmen

Enthaltungen 7 Stimmen

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

(Herr Nockemann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Antrag der Ampel-Koalition zur Verlängerung der Leistungsverträge zur "Schulsozialarbeit" - 2. Lesung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2547/2009-2014

Herr Potschies erklärt seine Befangenheit nach § 31 GO NRW und wirkt an der Beratung und der Abstimmung nicht mit.

Die Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände begrüßen zwar die Verlängerung der Leistungsverträge, sie lehnen jedoch den Ratsbeschluss über das Einfrieren auf dem Stand des Jahres 2009 und der damit verbundenen Kürzungen und Einschränkungen von Leistungen ab. Insofern werden sie dem Antrag nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Die Leistungsverträge zur „Schulsozialarbeit“, die durch das Dez. 5 finanziert werden, werden auf Grundlage des „Eckpunktebeschlusses zur Verlängerung der Leistungsverträge“ (JHA-Sitzung 23.6.2010) vom 01.01.2012 bis 31.12.2013 verlängert.

Sollten während der neuen Vertragslaufzeit gravierende Veränderungen bei einzelnen Schulen auftreten, die Auswirkungen auf die Ausstattung der Schulsozialarbeit haben (z.B. stark sinkende Schülerzahlen, Schulverbände etc.), sollen die frei werdende Stellenanteile in der Hauptschule Senne und in der Förderschule Bonifatius eingesetzt werden.

dafür 6 Stimmen

dagegen 0 Stimmen

Enthaltungen 6 Stimmen

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

(Herr Nockemann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen).

Zu Punkt 4.4

Antrag der Ampel-Koalition auf Verlängerung des Leistungsvertrages "Fachberatung Tageseinrichtung für Kinder" - 2. Lesung - Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2548/2009-2014

Herr Adams erklärt seine Befangenheit nach § 31 GO NRW und wirkt an der Beratung und an der Abstimmung nicht mit.

Herr Suchla bittet im 2. Absatz der Begründung nach dem Wort „Mitarbeitenden“ als Ergänzung „und ehrenamtlich Tätigen“ einzufügen.

- Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich mit der Ergänzung einvernehmlich einverstanden. -

Die Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände begrüßen zwar die Verlängerung des Leistungsvertrages, sie lehnen jedoch den Ratsbeschluss über das Einfrieren auf dem Stand des Jahres 2009 und der damit verbundenen Kürzungen und Einschränkungen von Leistungen ab. Insofern werden sie dem Antrag nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Der Leistungsvertrag „Fachberatung Tageseinrichtung für Kinder“ wird auf Grundlage des „Eckpunktebeschlusses zur Verlängerung der Leistungsverträge“ (JHA-Sitzung 23.6.2010) vom 01.01.2012 bis 31.12.2013 verlängert.

dafür	6 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	6 Stimmen

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

(Herr Nockemann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen).

Zu Punkt 4.5

Antrag der Ampel-Koalition zur Verlängerung des Leistungsvertrages "Betrieb des Bunkers Ulmenwall" - 2. Lesung - Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2549/2009-2014

Die Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände begrüßen zwar die Verlängerung des Leistungsvertrages, sie lehnen jedoch den Ratsbeschluss über das Einfrieren auf dem Stand des Jahres 2009 und der damit verbundenen Kürzungen und Einschränkungen von Leistungen ab. Insofern werden sie dem Antrag nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Der Leistungsvertrag „Betrieb des Bunkers Ulmenwall“ wird auf Grundlage des „Eckpunktebeschlusses zur Verlängerung der Leistungsverträge“ (JHA-Sitzung 23.6.2010) vom 01.01.2012 bis 31.12.2013 verlängert.

dafür 6 Stimmen

dagegen 0 Stimmen

Enthaltungen 7 Stimmen

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

(Herr Nockemann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen).

-.-.-

Zu Punkt 4.6

Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE zur regelmäßigen Berichterstattung einzelner Leistungsträger aus den Leistungsverträgen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2700/2009-2014

Frau Ilgün begründet den Antrag.

Für Herrn Suchla ist eine formal festgezurrte Berichterstattung nicht zielführend. Vielmehr solle dies an aktuellen Themen und Entwicklungen festgemacht werden.

Herr Potschies stellt fest, dass die Berichterstattung durch die Träger in den letzten Jahren weniger geworden sei. Insofern möchte er die Anregung aufgreifen, z.B. über die Entwicklung von Einrichtungen und Diensten zu berichten.

Frau Brinkmann kann dem Antragsbegehren nicht zustimmen. Durch eine regelmäßige Berichterstattung würde der Zeitrahmen gesprengt. Die CDU führe regelmäßig Gespräche mit den Trägern und verfüge über einen guten Kenntnisstand.

Frau Hellweg schlägt vor, sich von der Form eines Antrages zu lösen und dies als Anregung zu sehen, einen Themenspeicher in Abstimmung mit der Vorsitzenden Frau Weißenfeld anzulegen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt diese Anregung und ermuntert die Träger, ihr Themen für die Tagesordnung des JHA zu benennen.

Herr Adams macht den Vorschlag, dass der Antragsteller den Antrag zurückziehen möge, jedoch die Anregung insofern aufzunehmen, als sich die Träger mit der Vorsitzenden Frau Weißenfeld abstimmen, welche Themenschwerpunkte in welchem Rhythmus in den JHA eingebracht werden sollen.

Beigeordneter Herr Kähler hält eine themenbezogene und Fachfragen stellende Berichterstattung für den richtigen Weg.

Nach Abschluss der Diskussion zieht Frau Ilgün ihren Antrag zurück und der JHA verständigt sich darauf, dem Vorschlag von Herrn Adams fol-

gend, die künftige Berichterstattung mit Vorsitzender Frau Weißenfeld abzustimmen.

- zurückgezogen -

-.-.-

Zu Punkt 4.7

Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2701/2009-2014

Frau Ilgün begründet den Antrag.

Vorsitzende Frau Weißenfeld sieht diesen Antrag aufgrund der heutigen Mitteilung und Berichterstattung zu TOP 2.1 als hinfällig an.

Frau Brinkmann fühlt sich aufgrund der derzeit monatlichen Berichte im Schulausschuss und im JHA sehr gut informiert. Sie sieht keinen Veränderungsbedarf.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- Den Umfang der Stellen für Schulsozialarbeit, die aus dem Paket finanziert werden, darzulegen (aktuell und ab 2013).
- Eine bedarfsorientierte Prioritätenliste für den Einsatz zu erarbeiten.
- Im Ausschuss eine vierteljährliche Berichterstattung vorzulegen.

dafür 1 Stimme
dagegen 6 Stimmen
Enthaltungen 6 Stimmen

- mit Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen abgelehnt -

(Herr Nockemann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen).

-.-.-

Zu Punkt 4.8

Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE zu den Auswirkungen der Aussetzung des Zivildienstes bei den Leistungsträgern aus den Leistungsverträgen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2702/2009-2014

Herr Adams weist darauf hin, dass die Auswirkungen bei den Trägern bereits viel früher eingesetzt haben. Es habe bereits ein Wechsel in der Personalstruktur unter Beibehaltung der Leistungen stattgefunden.

Er hält es deshalb für sinnvoll, nicht auf eine empirische Erhebung abzu-
zielen, sondern diesen Punkt auf die Themenliste für den JHA zu setzen
und über die Erfahrungen zu berichten.

Frau Stillger schlägt vor, nach 1 Jahr über die Entwicklung des Bundes-
freiwilligendienstes zu berichten.

Frau Ilgün zieht daraufhin ihren Antrag unter der Voraussetzung zurück,
dass spätestens nach 1 Jahr eine Berichterstattung über die Entwicklung
des Bundesfreiwilligendienstes erfolgt.

- zurückgezogen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Richtlinienentwurf der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Biele- feld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2614/2009-2014

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem von der AG nach § 78 SGB VIII
„Jugendarbeit“ erarbeiteten Richtlinienentwurf zu. Die Richtlinien werden
haushaltsneutral umgesetzt und sind Bestandteil der Leistungs- und Fi-
nanzierungsvereinbarungen.

- einstimmig beschlossen -

(Herr Nockemann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen).

-.-.-

Zu Punkt 6

Fachplan Kindergesundheit

- hier: erste modellhafte Auswertung in Bezug auf Bewegungsmög- lichkeiten einzuschulender Kinder -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2582/2009-2014

Frau Dr. Delius und Herr Cremer berichten zur Vorlage und beantworten
die Nachfragen.

Frau Hellweg und Frau Häckel werfen die Frage auf, wie mit denn dann
mit den vorliegenden Ergebnissen umgegangen werden soll.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet darum, nach Vorliegen der ersten
belastbaren Ergebnisse aus diesem Projekt hierzu in einer Unteraus-
schusssitzung zu berichten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

Projekt KI>>GS - Übergang KiTa - Grundschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2699/2009-2014

Herr Hilker führt zu der vorgelegten Informationsvorlage aus, dass es sich bei dem von der Projektgruppe erarbeiteten inhaltlichen Konzept um Rahmenbedingungen für die Konkretisierung der Umsetzung an den 3 Standorten handelt.

Frau Brinkmann erklärt, dass die CDU-Fraktion hinter diesem Konzept stehe und es ausdrücklich befürworte. Die noch offenen Fragen seien durch die Vorlage beantwortet.

Die Fragen von Frau Stillger zu verpflichtenden Elternabenden, zur Altershomogenität, zum Anteil der Lehrkräfte und zur Ausgestaltung der Elternarbeit sowie die Fragen von Vorsitzender Frau Weißenfeld zur Familienarbeit und zur Beteiligung der Kinder werden von Frau Schwarze (Platzschule) sowie von Frau Sellig (Uni Bielefeld) beantwortet.

Frau Häckel hat starke Vorbehalte und findet dieses Projekt grundsätzlich fragwürdig. Es sei nicht zu erkennen, dass den Kindern damit etwas Gutes getan werde. Sie sieht die große Gefahr, dass für die Kinder ein neuer Bruch inszeniert wird. Sie verweist auf erste Untersuchungsergebnisse, wonach es bei Kindern, die wenig Zeit für unstrukturiertes Spielen haben, zu negativen Folgeerscheinungen komme.

Frau Eberlein hat Sorge um die Kinder bei den Übergängen. Sie hofft, dass die Rahmenbedingungen so ausgestaltet sind, dass das Projekt erfolgreich zum Abschluss gebracht werden kann. Wichtig sei, dass ausreichend Personal zur Verfügung stehe.

Herr Epp stellt klar, dass es sich nicht um eine Vorschulklasse handelt. Es bleibe eine reguläre Kita-Gruppe unter Erfüllung sämtlicher Vorgaben nach dem KiBiz.

Frau Stillger äußert Bedenken, dass bei dem Blick auf das Projekt die Kinder aus den Augen verloren werden. Es dürfe nicht passieren, dass die Kinder zu Versuchskaninchen werden.

Herr Onckels unterstreicht die Ausführungen von Frau Häckel. Die Notwendigkeit einer Verlagerung der Gruppe an die Grundschule habe sich ihm bis heute nicht erschlossen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt fest, dass trotz des ausführlichen Konzeptes noch Vorbehalte bestehen. Es gebe noch viele Fragestellungen, die im Pilotprojekt beantwortet werden müssen.

Frau Hellweg ist die Freiwilligkeit aller Beteiligten (Schulen, Kitas, Eltern) wichtig. Die Baustelle Kita - Grundschule müsse weiterentwickelt werden. Dabei dürften die Systeme ihren „Kleinkrieg“ nicht weiterführen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt fest, dass das Projekt trotz der Vorbehalte, Bedenken und der noch offenen Fragestellungen vom Jugendhilfeausschuss so mitgetragen wird.

Zu Punkt 8

Maßnahmenplanung Gebäude freier Jugendhilfeträger

Herr Otterbach berichtet über den aktuellen, von der vorliegenden Liste abweichenden, Stand der Maßnahmen:

Bunker Ulmenwall

fertig gestellt

Abenteuerspielplatz Baumheide

fertig gestellt

JZ Falkendom

Planung fertig, Finanzierung ungeklärt

Abenteuerspielplatz Sudbrack

fertig gestellt

JH Luna

fertig gestellt

JH Stricker

fertig gestellt

FZZ Baumheide Neubau

Vorplanung; aufgrund der derzeitigen haushalterischen Situation sind z. Zt. keine konkreten Aussagen möglich

JZ Kamp

Bauantrag für Brandschutzmaßnahmen wurde gestellt; z. Zt. erhöhter Aufwand für Bauunterhaltung

FZZ Stieghorst

investiert wurde für akustische Decken, Be- u. Entlüftung der Räume

Linie 3

fertig gestellt

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet die Verwaltung bei der BGW den Stand zu der Maßnahme Spielhaus Teichstraße nachzufragen.

Herrn Otterbach bittet sie, den Jugendhilfeausschuss zum FZZ Baumheide auf dem Laufenden zu halten.

Die Maßnahmen JZ Falkendom, JH Kamp und 4You sollen in diesem Ausschuss neu bewertet werden.

Zu Punkt 9

Standorte der Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2601/2009-2014

Herr Wendt weist darauf hin, dass abweichend von der Vorlage der Standort in Stieghorst vom Träger nicht weiter verfolgt werde, sondern dieser nach einem Ersatzstandort suche.

Nachfolgend berichtet Herr Wendt über die Beratungen in den betroffenen Bezirksvertretungen.

Herr Nockemann bedauert, dass zu der Standortfrage dem JHA und den Bezirksvertretungen lediglich eine Informationsvorlage vorgelegt wurde. So sei die Bezirksvertretung Sennestadt in der Sitzung am 09.06.2011 vor bereits vollendete Tatsachen gestellt worden.

Herr Langeworth berichtet aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 09.06.2011. Er bittet die Verwaltung darum, künftig die vorzeitige Beteiligung der Bezirke im Blick zu haben.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp teilt mit, dass das Umweltamt zur Spielflächenbedarfsermittlung voraussichtlich im Januar 2012 berichten wird.

-.-.-